



# BERICHT



## KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Lunche Vortrag mit Prof. Alfred Grosser zu „Deutschland, Europa und Israel – eine schwierige Beziehung“ am Montag, 3. Mai, 18 Uhr 30 – Cercle Royal Gaulois

mit Schlusswort von Botschafter Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

Einleitend erläuterte **Prof. Alfred Grosser** Gründe für seine Beschäftigung mit Israel und dem Nahen Osten: Dies sei zum einen seine eigene jüdische Herkunft und zum anderen die Tatsache, dass Israel Teil des Westens sei. Der Westen habe gegenüber anderen Kontinenten eine Vorbildfunktion, fülle diese jedoch nicht aus. Wenn man wolle, dass die eigenen Werte in anderen Teiler der Welt akzeptiert würden, müsse man selber beispielhaft handeln, das gelte auch für Israel. Zwar gebe es keine Modelldemokratien, gleichwohl sei Israel ein Aushängeschild des Westens und der Demokratie in seiner Region.

Zunächst verwies Grosser auf zahlreiche Erklärungen und Urteile der westlichen Gemeinschaft zur israelischen Politik: So habe bereits die Erklärung von Venedig (13. Juni 1980) die Zweistaatenlösung und einen Stop der Siedlungspolitik gefordert. 2009 habe der Europarat gegen den Bau neuer Siedlungen protestiert. Die vom Quartett verabschiedete Roadmap von 2003 finde keine Beachtung mehr. Zudem werde der Goldstone-Bericht zum Gazakrieg – trotz aller Bemühungen um Neutralität – von Israel verworfen. Grosser bezeichnete die Palästinenser als die Gedeemütigten, insbesondere angesichts der wachsenden Zahl israelischer Siedlungen, deren Wasserbrauch höher sei als derjenige der Palästinenser. Zahlreiche Rechtfertigungen der israelischen Seite für die aktuelle Politik seien bloße Vorwände.

Darauf folgend ging Grosser auf die Rolle Frankreichs und Deutschlands gegenüber Israel ein: Bis Ende der vierten Republik habe Frankreich eine sehr enge Partnerschaft zwischen Israel und Frankreich gegeben, erst unter de Gaulle war die gegenseitige Verquickung der Arbeit der Geheimdienste abgeschafft. Es gebe einige hoffnungsvolle Zeichen gleichwohl werde häufig noch Kritik an der Politik Israels mit dem Vorwurf des Antisemitismus begegnet. Gegenüber 1945 habe sich die Situation grundlegend gewandelt: Im heutigen Frankreich würden nicht Moslems, nicht Juden, mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Dabei verwies Grosser, auf die mögliche Präsidentschaftskandidatur von Dominique Strauss-Kahn für 2012, dessen jüdische Herkunft von niemandem als Hindernis angesehen werde. 1945 habe ein deportierter Jude noch seine Identität verbergen müssen, im Jahre 2000 hätten von einem Entschädigungsgesetz nur die Nachfahren jüdischer Bürger profitiert, ein Zeichen für den Wandel der Einstellung in der französischen Gesellschaft.

**BERICHT****EUROPABÜRO BRÜSSEL**

MAI 2010

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Gleichwohl gebe es nach wie vor Unterschiede des Diskurses deutscher und französischer Politiker bei ihren Besuchen in der Knesset: Sarkozy spreche mit der Begründung, dass man sich unter Freunden die Wahrheit sagen könne, auch kritische Punkte wie etwa den Status Jerusalems, offen an. Kanzlerin Merkel habe bei ihrem Auftritt nicht von der Verantwortung Israels gesprochen. Wenn in deutschen Diskursen vom Schutz der Menschenrechte gesprochen werde, so werde stets nur die israelische Seite genannt, nie aber die palästinensische.

Grosser äußerte sich auch zum Begriff der Schuld und verneinte die Existenz einer Kollektivschuld. Vielmehr sei der Gebrauch der deutschen Begrifflichkeiten Haftung und Verantwortung angebracht. So habe Brandt 1970 bei seinem Kniefall die Haftung und nicht die Schuld Deutschlands auf sich genommen. Grosser kritisierte anhand mehrerer Beispiele, dass eine derartige Differenzierung häufig mit dem Vorwurf des Antisemitismus gekontert werde. Das führte letztlich zur Autozensur und einem Mundverbot in der Öffentlichkeit für Denker wie Finkelstein. Grosser verwies auch auf Zeichen von Toleranz und einen offenen Diskurs, wie ihn etwa die monatlich erscheinende Jüdische Zeitung führe. Grosser nannte auch das gemeinsame Buch von Helmut Schmidt und Fritz Stern „Unser Jahrhundert“, welche in einem Kapitel die Neokonservativen als Totengräber Israels charakterisieren. Er lobte auch die Schaffung des Abraham-Geiger-Preises, der Persönlichkeiten würdige, die sich um die Toleranz und Offenheit jüdischen Denkens verdient gemacht hätten.

Ferner nahm Grosser Stellung zum Thema der Vertreibung und der Rückkehrrechte der Palästinenser. Er betonte, dass es kein Rückkehrrecht für die vor 60 Jahren vertriebenen Palästinenser geben könne. Israel müsse aber auch erklären, wieso es nach 2000 Jahren ein besonderes Rückkehrrecht habe; dies sei vor allem für Atheisten in Israel schwierig zu definieren. Es gebe einen großen Unterschied zwischen den Vertreibungen der Deutschen 1945 und der der Palästinenser: Während die Bundesrepublik alles Erdenkliche getan habe, um die Vertriebenen aufzunehmen, hätten die arabischen Nachbarstaaten keinerlei derartige Anstrengungen für die Palästinenser unternommen.

Zudem ging Grosser auf die Situation von Muslimen in Europa ein. Antisemitismus mit Antiislamismus zu vergleichen, bedeute nicht, beide miteinander gleichzusetzen. Diejenigen, die in Europa heute unter Diskriminierung litten, seien in erster Linie Muslime und nicht Juden. Wenn eine Synagoge angegriffen werde, werde die Empörung auch von muslimischer Seite geäußert. Eine vergleichbar starke Reaktion von jüdischer Seite gebe es bei Angriffen auf Moscheen allerdings nicht. Seit 2001 gebe es in den Gesellschaften auch eine größere Toleranz gegenüber antiislamischen Ausfällen. In Deutschland und Frankreich zeige sich die Diskriminierung auf unterschiedliche Weise: So werde etwa Cem Özdemir von großen Teilen der deutschen Bevölkerung immer noch als Türke mit deutscher Nationalität wahr genommen, während aufgrund des französischen Nationalitätsverständnisses Sarkozy ohne Zweifel als Franzose gelte. Auf der anderen Seite gebe es die Probleme Frankreichs in den Banlieues, die man so nicht in Deutschland beobachten könne.

Maßnahmen zur stärkeren Integration von Muslimen, wie etwa die staatliche Ausbildung von Imamen seien in diesem Kontext begrüßenswert.

Abschließend bezeichnete Grosser eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis der Zweistaatenlösung aufgrund der aktuellen Siedlungspolitik Israels als unmöglich. Die Lösung bestünde in einer Rückbesinnung auf die Ideen Herzl's und Ben Gurion's, deren Vision die Schaffung eines laizistischen israelischen Staates für Juden und Araber gewesen sei. Allerdings zweifelte Grosser, ob für Israel eine solche Lösung annehmbar sei. Pessimistisch zeigte sich Grosser auch, weil in den Debatten nicht mehr klar hervorgehe, was eigentlich die europäischen Werte seien. Das sei beispielsweise das Mitgefühl für das Leid des Anderen. In Europa habe jeder das Recht, von den Verbrechen des Anderen und die Pflicht, von den eigenen Verbrechen zu sprechen. Sinngemäß könne Israel von den Palästinensern kein Mitleid verlangen, wenn man selbst kein Mitgefühl für das Leiden in Gaza zeige.

Grosser betonte in Anlehnung an Kant auch die Notwendigkeit einer Distanz gegenüber sich selbst. In Frankreich gebe es eine Tendenz zur Selbstüberschätzung, in Deutschland eine zur Selbstzerfleischung. Deutschland müsse dieselbe Verantwortung übernehmen und Beachtung europäischer Prinzipien auch von Israel einfordern. Die eigenen Erfahrungen verpflichteten Israel auch zum Schutz von Menschenrechten in anderen Konfliktregionen.

In der Diskussion ging Grosser zunächst auf die Frage nach einer Verantwortung Deutschlands für Israel und das deutsche Selbstverständnis in der Außenpolitik ein: Die Grundeinstellung zu internationalen Fragen von einer ganzen Generation sei von Auschwitz bedingt. Dies müsse aber nicht für die kommende Generation gelten, die sich danach sehnten, nicht mehr mit anklagenden Blicken aufgrund ihrer deutschen Herkunft konfrontiert zu werden.

Der EVP-Abgeordnete Michael Gahler betonte, dass in der Knesset auch von deutscher Seite Probleme offen angesprochen worden seien, wie etwa durch den ehemaligen Präsidenten des EP, Dr. Hans-Gert Pöttering. Wenn man die Sicherheit Israels als einen Teil der Staatsräson beschreibe, gebe es auch das Recht, politische Entscheidungen hinsichtlich ihrer langfristigen Wirkungen zu kritisieren.

Grosser zeigte sich skeptisch, ob die derzeitige Regierung sich ohne Rückgriff auf Sanktionen beeinflussen ließe. Im westlichen Lager sei man sich bei der Analyse einig, darauf gestützt müsse man zumindest leisen Druck (etwa durch die Reduzierung militärischer Hilfe) ausüben. Für eine langfristige Veränderung der israelischen Politik müsse zudem auch das Wahlgesetz verändert werden.

Dr. Joel Kotek erinnerte an das legitime Sicherheitsbedürfnis Israel. Es habe derzeit nicht die geeigneten Partner, um zu rascher Entspannung der Situation beizutragen: Nach entgegen kommenden Gesten von israelischer Seite sei in den letzten Jahren nie eine entsprechende Antwort gekommen, vielmehr hätten in den letzten Jahren Hamas und Hisbollah deutlich an

## BERICHT

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

MAI 2010

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Zustimmung gewonnen. Dem erwiderte Grosser, dass die Hamas erst durch den israelischen Druck hatte so stark werden konnte. Israel müsse erste Schritte der Versöhnung gegenüber Gaza machen, um den Bewohnern zu zeigen, dass sie eine Zukunft hätten.

Ferner betonte Grosser, dass die gleichzeitige Erreichung der Ziele „Demokratie“, „Territorialität“, „Frieden“ auch mittelfristig kaum möglich seien. Die Diskussion in Israel über die Vereinbarung dieser unterschiedlichen Ziele sei aber lebendig. Der Diskurs werde allerdings nicht nur rational, sondern sehr leidenschaftlich geführt. Zudem habe sich in den vergangenen Jahrzehnten Israels Charakter geändert: Das lasse sich bereits am Schulsystem ablesen: So spielen nicht mehr die europäischen Werte, sondern das exklusive Kriterium der Zugehörigkeit zum Judentum eine entscheidende Rolle.

In seinem Kommentar würdigte der **deutsche Botschafter zum Königreich Belgien, Prof. Dr. Reinhard Bettzuege** den Beitrag Grossers für die Völkerverständigung und die deutsch-französische Versöhnung. Von Paul Frank sei Grosser bereits damals als „Mittler zwischen Deutschen und Franzosen, Ungläubigen und Gläubigen, Europäern und Menschen anderer Kontinente“ bezeichnet worden. Bei seinem Wirken und Schreiben sei Grosser nicht um Schärfe, sondern um Erläuterung und Aufklärung bemüht gewesen und habe sich gleichzeitig nicht gescheut, auf die Zerstörung jüdischer Wertvorstellungen und verlorene zionistische Illusionen hinzuweisen. Bettzuege verwies in diesem Kontext auf seine eigenen Erfahrungen mit der Behandlung der Palästinenser und der Feindseligkeit jüdischer Siedler im Rahmen eines Besuchs der Stadt Hebron 2007 mit einer Gruppe von Studenten.

Gleichwohl widersprach Bettzuege der Auffassung, die Bundesregierung setze sich zu wenig für die Belange der Palästinenser ein: So habe beim Besuch Netanjahus in Berlin Kanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass sie bei der Frage des Siedlungsbaustops mehr von Israel erwarte. Gleichzeitig hätten sich sowohl der deutsche Bundespräsident wie auch der Außenminister für die Zwei-Staaten-Lösung und ein Ende des Siedlungsbaus eingesetzt. Das sei auch die Haltung der EU und der gesamten Völkergemeinschaft. Die Zwei-Staaten-Lösung bedürfe auch schmerzhafter Zugeständnisse beider Seiten. Diese Sprache sei deutlich genug; Schärfen würden in der Diplomatie nicht weiterhelfen. Gleichzeitig würdige Deutschland die Einbindung Israels in die EU durch die Mittelmeerkooperation und unterstütze ausdrücklich die von Israel gewünschte Annäherung an die EU. Dies geschehe etwa im Rahmen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen sowie durch die ENP. Die EU sei auch Israels wichtigster Handelspartner. Ein enger Dialog bestehe auch mit der NATO. Gleichwohl werde in allen EU-Dokumenten Bezug auf die Zweistaatenlösung genommen.

Nach Emmanuel Levinas seien soziale und moralische Gerechtigkeit „Nähe“ und „Verantwortung für den Anderen“. Dies gelte insbesondere für Deutsche und Israelis. Für Deutschland gehöre die Auseinandersetzung mit dem Holocaust zu den Grundlagen seiner Verfassung. Die Deutschen trügen

**BERICHT**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

MAI 2010

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

somit eine Mitverantwortung für Israel und könnten nicht neutral sein, wenn Israels Existenz und die Sicherheit seiner Bevölkerung bedroht seien. Deshalb habe Bundespräsident Köhler anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung des KZ Dachau eine andere Sprache gegenüber Israel gewählt, als es etwa ein Amerikaner, Brite oder Franzose getan hätte.

Aus den Erfahrungen bei der Überwindung der deutschen Teilung schöpfe man aber auch die Zuversicht, dass der Friedensprozess auch im Nahen Osten erfolgreich sein könne. Hier verwies Bettzuege auf die Wiederaufnahme der Friedensgespräche nach 16-monatiger Unterbrechung.

Abschließend ging Bettzuege auf Grossers Forderung ein, Mitgefühl für das Leid des Anderen zu haben: Die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung blicke auf das Leid sowohl der Israelis wie der Palästinenser und versuche in einem europäischen Rahmen zu helfen.

Olaf Wientzek